

Bericht «HR-Politik» Etappe 1 des Projekts

Groupe de réflexion

—

Februar 2018



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Direction des finances DFIN
Finanzdirektion FIND

Zusammenfassung des vom Staatsrat am 27. Februar 2018 genehmigten Berichts

Für Auskünfte: Claude Bertelletto Küng, Projektleiterin, 079 234 71 44, claudette@fr.ch

Zusammenfassung

Die vom Staatsrat am 29. August 2017 eingesetzte «Groupe de réflexion» zeigt in ihrem Bericht die Herausforderungen in Zusammenhang mit der Ausarbeitung einer Personalpolitik beim Staat Freiburg auf. Sie gibt Empfehlungen ab zum Rahmen (Konzept, Zeitrahmen, Geltungsbereich usw.) und zur Organisation (Planung, Organigramm, Budget usw.) des Projekts und der Umsetzung der Personalpolitik. Mit der Genehmigung dieses Berichts wird der Staatsrat die zweite Projektphase einleiten, das heisst die konkrete Ausarbeitung einer «Personalpolitik» für den Staat Freiburg.

Die Einführung einer «Personalpolitik» beim Staat Freiburg hat insbesondere folgende Stärken:

Das Projekt wird vom Personal und den Sozialpartnern weithin erwartet. Auch auf politischer Ebene werden Stimmen laut, die tiefere Überlegungen über die «Personalpolitik» fordern.

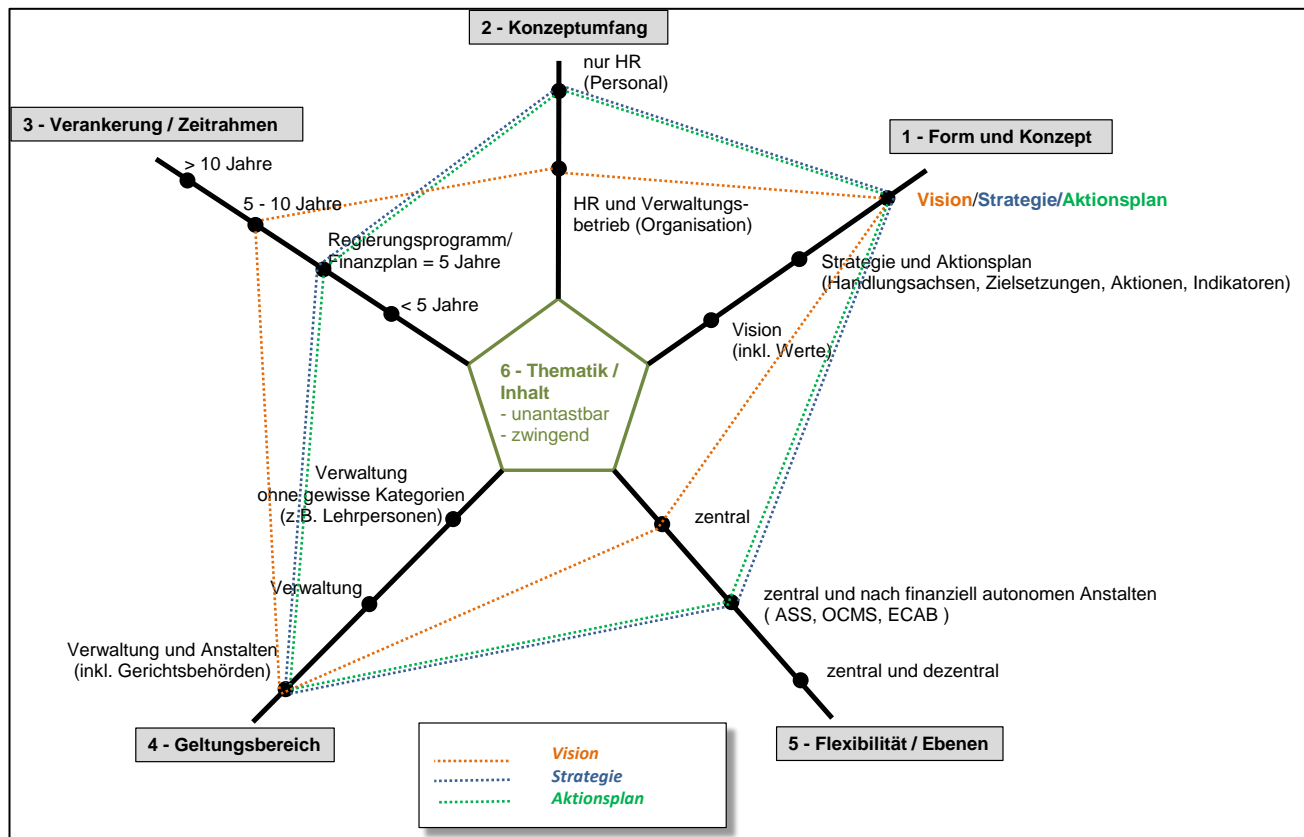
Ausserdem soll nach dem Regierungsprogramm das Personalgesetz (StPG) revidiert werden, und so werden die beiden Projekte parallel durchgeführt.

Der Staat Freiburg kann sich als attraktiver und wettbewerbsfähiger Arbeitgeber für kompetentes, hochmotiviertes und engagiertes Personal auf dem Arbeitsmarkt vorteilhaft positionieren.

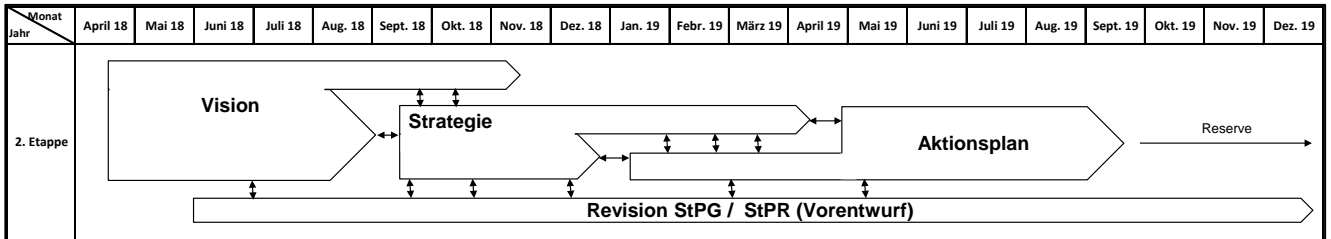
Das Bestreben der «Personalpolitik» ist eine bessere Integration und ein stärkerer Zusammenhalt der Freiburger Staatsangestellten sowie eine Anerkennung ihrer Arbeit. Das Projekt will den Menschen in den Mittelpunkt der Überlegungen stellen, insbesondere mit einem partizipativen Bottom-Up-Vorgehen während des ganzen Projektverlaufs.

Rahmen der «Personalpolitik»

Das folgende Diagramm zeigt auf, welche Optionen für die Struktur der «Personalpolitik» gewählt worden sind.



Projektplanung



Die Planung des Projekts zur Ausarbeitung der «Personalpolitik» ist auf 21 Monate ausgelegt, parallel zu den Revisionsarbeiten am StPG/StPR.

Organigramm und Funktionen

Staatsrat: Unterstützung und Genehmigung des Projekts und/oder der Schlüsseletappen (Meilensteine), unter Vorbehalt der Befugnisse der Legislativen in Bezug auf die StPG-Revision.

Delegation des Staatsrats für Personalfragen:

- 3 Staatsräte bezeichnet (ohne Beisein der Sozialpartner),
- übernehmen der Projektoberleitung (COPIL);
 - provisorisch Validierung der Meilensteine;
 - entscheiden, ob diese dem Staatsrat unterbreitet werden müssen.

Arbeitsgruppe¹:

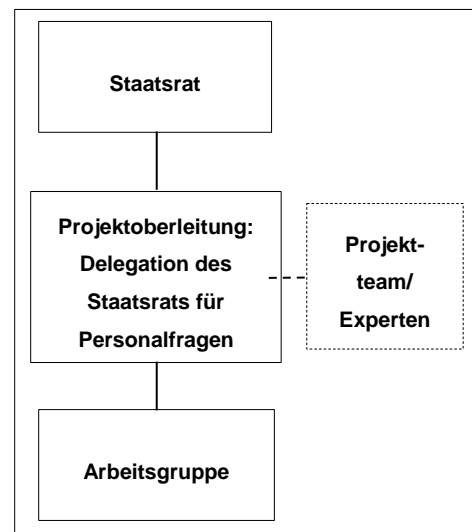
Die seit Beginn in die Arbeiten eingebundene Gruppe de réflexion auf 14 Mitglieder erweitert mit Einbezug der vom Staat formell anerkannten Sozialpartner (Vereinigung der höheren Kader und Magistratspersonen des Staates Freiburg, Freiburger Vereinigung der Richterinnen und Richter, Föderation der Personalverbände der Staatsangestellten des Kantons Freiburg [FEDE] und Verband des Personals öffentlicher Dienste), die jeweils eine beim Staat angestellte Person bezeichnen, und der neuen Chefin des Amt für Personal und Organisation. Die beiden Vertreter des Staatsrats, die während der ersten Projektetappe in der Groupe de réflexion mitwirkten, sind künftig in der Projektoberleitung (Delegation des Staatsrats für Personalfragen) aktiv. Dies gilt auch für den Staatsschatzverwalter, der aufgefordert werden kann, als Experte am Projekt mitzuwirken.

- Ausarbeiten der «Personalpolitik».

Projektteam:

- interne und externe Projektkoordination;
- Vorbereiten der Arbeitssitzungen, der erforderlichen Unterlagen;
- Erstellen der Zusammenfassungen und entsprechenden Berichte/Präsentationen.

Staatsinterne und externe Expertinnen/Experten: Punktueller Einsatz je nach Fachbereich. Namentlich Professor Yves Emery von der IDHEAP.



Diese Hauptakteure sind der harte Kern des Projekts. Weitere Akteure (zum Beispiel die Staatsangestellten, Kader und Sozialpartner) sollen in besonderen Etappen mobilisiert werden, etwa im Rahmen von «Ideen-Workshops» und Aktionen für eine Öffnung gegenüber dem Personal.

¹ Ein Ernennungsbeschluss für die Arbeitsgruppe wird dem SR nachträglich unterbreitet.